

Bremerhaven 2030 – eine Vision

Um in Zukunft eine wachsende und vielfältige Stadt zu sein muss Bremerhaven einiges anders machen. Um in die richtige Richtung zu marschieren muss erst festgestellt werden, was jetzt nicht funktioniert.

- Bremerhaven verliert die gut verdienenden Bewohner an das Umland (47 % Einpendler*)
- Problemviertel - Lehe, Teile von Geestemünde,
- stagnierende Wirtschaft
- Leerstand Handel und Gewerbe
- wenig innovative Unternehmen
- hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen und Harz IV Empfängern
- schlecht ausgestattetes Bildungssystem
- strukturelle Haushaltsdefizite

Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeitsplätze nach Bremerhaven kommen die innovativ sind und gut bezahlt werden. Hierfür eignen sich weder die Tourismus- noch die Windenergiebranche. Hier sind überwiegend Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt.

Ein Strukturwandel ist notwendig und hierfür müssen meines Erachtens die Weichen in Richtung Unabhängigkeit von Bremen gestellt werden.

Um das zu verdeutlichen entwickle ich die Vision „Freie Hansestadt Bremerhaven“.

Als ein erster Schritt ist hierfür notwendig, dass die stadtbremischen Hafengebiete der Stadt Bremerhaven übertragen werden. Dies sorgt dafür, dass die Steuereinnahmen dort hinfließen wo sie auch entstehen, in Bremerhaven.

Dies führt nicht nur zu einer Umstrukturierung vieler Arbeitsabläufe sondern auch zu einer Fokussierung auf die Bedürfnisse der Stadt Bremerhaven. Es entfällt, dass alle Investitionsentscheidungen von der Zustimmung der Stadt Bremen abhängig sind. Diese sind in der Vergangenheit häufig auch unter dem Motto „wir investieren nur in Dinge, die auch Bremen (Stadt) nützen“ getroffen worden.

Natürlich entbindet die Übertragung der Häfen das Land Bremen nicht von seiner generellen Verpflichtung, das alle Mitbürger im gleichem Maße gefördert und finanziert werden. Ein „jetzt habt ihr die Häfen, mehr gibt es nicht“ kann es daher nicht geben. Sind zusätzliche Landesmittel vorhanden müssen diese gerecht auf beide Kommunen verteilt werden.

Durch die neue Selbstständigkeit wird zum einen die Verantwortung der Stadtregierung deutlich wachsen, zum anderen wird allerdings auch dieses zurzeit praktizierte „Verschieben der Schuld“ aufhören. Der Haushalt der Stadt Bremerhaven und dessen Spielräume sind durch diese Maßnahme klar ersichtlich und besser planbar. Das Ringen und schachern um Haushaltsmittel in Bremen reduziert sich deutlich und führt zu einer besseren Planbarkeit innerhalb der Verantwortungsbereiche der Stadt.

In einem zweiten Schritt wird Bremerhaven durch eine Neuordnung der Bundesländer Niedersachsen zugeordnet. Dies hat zur Folge, dass kurzfristig die Gemeinden Loxstedt, Schiffdorf und die Stadt Geestland mit Bremerhaven fusionieren. Es entsteht eine Großstadt mit ca. 165.000 Einwohnern und sehr viel Platz zur Entwicklung der Wirtschaft.

Der ÖPNV wird um eine Stadtbahn (Straßenbahn) ergänzt die vom Stadtteil Bederkesa über Langen durch die Stadt bis noch Schiffdorf und Loxstedt führt.

Das zurzeit bestehende Oberzentrum Bremerhaven mit seiner Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit (Krankenhäuser), ÖPNV, Schulen und Kultur wird durch die Fusion dann auch von den Steuerzahlern finanziert, die jetzt ihre Steuern in Niedersachsen entrichten.

Allein durch die neu entstehende Größe wird Bremerhaven in die Lage versetzt, ganz neue Strukturen in dem Bereich Wirtschaft zu schaffen. Durch die Beseitigung des Platzmangels können neue Unternehmen zur Ansiedlung gewonnen werden. Die Wertschöpfungskette in der Hafenvirtschaft kann weiterentwickelt werden da nun der notwendige Platz auch für die Ansiedlung von Großindustrie vorhanden ist. Hier entstehen dann auch die gutbezahlten Arbeitsplätze die in Bremerhaven fehlen.

Im gleichem Maße wie die Ökonomie sich positiv entwickeln kann hat dann auch die Ökologie endlich die Möglichkeit sich von den Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu verabschieden. Es ist einfach nicht mehr notwendig, Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebiete aus Platzmangel in Gewerbegebiete umzuwandeln.

Der ÖPNV hat endlich die Möglichkeit, den Stellenwert in der Stadt zu erreichen, den er verdient hat.

Es können Alternativen für die Lagerung von Giftmüll gefunden werden damit dieser nicht neben einem Wohn- und Erholungsgebiet offen gelagert werden muss.

Auch für die fusionierenden Umlandgemeinden ergeben sich Synergieeffekte wie besserer ÖPNV, Verbesserung der Kultur- und Bildungslandschaft, mehr Arbeitsplätze etc.

Grundsätzlich entsteht durch eine Großstadt ein Sogeffekt für Arbeitsplätze und Menschen. Durch den Wegfall der Landesgrenze und Erweiterung des Stadtgebietes entwickelt sich die Stadt deutlich schneller.

Natürlich gibt es auch konträre Meinungen. So gab der Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung, Herr Kaminiarz der Nordsee-Zeitung in einem Interview zu Protokoll, dass dann ja der Einfluss der Bremer/Bremerhavener Politiker im Bundesrat nicht mehr vorhanden wäre und so wichtige Entscheidungen nicht mehr angestoßen werden können. Allerdings habe ich noch keine wichtige Bremerhavener Initiative im Bundesrat finden können.

*Quelle: <http://www.aaa-bremen.de/stadterforschung/ratatouille-raeumliche-bedarfsanalyse-der-kultur-und-kreativwirtschaft-in-bremerhaven-2014/>